



Die Militarisierungsspirale durchbrechen

Neben ihrer geopolitischen Ausrichtung versucht die EU, immer stärker auch militärisch präsent zu sein. Bestrebungen in diese Richtung laufen, wenn auch noch nicht mit vollem Elan, kontinuierlich und mit immer mehr Geld. In der Linken gibt es eine ambivalente Haltung zu dieser Entwicklung. Das Ziel dieses Beitrages ist, diese kriegerischen Tendenzen aufzuzeigen und darzulegen, dass eine soziale Entwicklung viel wichtiger ist als eine sinnlose militärische Aufrüstung. Im ersten Teil werden die aktuellen militärischen Einsatzfelder europäischer Staaten skizziert, im zweiten die Bemühungen zur Schaffung europäischer Militärstrukturen beleuchtet und im dritten mögliche Antworten und Strategien aus der Linken umrissen.

Die Ambitionen der EU

Auch wenn die Rhetorik der europäischen Interessenvertretung meist ziviler daherkommt als die amerikanische, hat sie doch immer auch eine militärisch unterlegte Drohkompone. Das klingt dann etwa wie bei Günter Verheugen, EU-Kommissar zwischen 1999 und 2010: »Was das Gebot der Stunde ist: Nämlich, dass sich Europa etablieren muss als eine Weltmacht, die einen Gestaltungsanspruch erhebt. Nicht mit militärischen Mitteln: Wir wollen eine Weltmacht anderen Typs sein – aber schon eine, die ihre Interessen und ihren Gestaltungswillen bei der Lösung globaler Probleme notfalls mit robusten Mitteln durchsetzen kann«¹, also durchaus mit militärischer Gewalt. Dies kommt einer Fortsetzung imperialer und kolonialer Praktiken europäischer Länder aus den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten gleich.

Dazu passen die Bestrebungen zur Schaffung einer europäischen Militärstruktur, um der relativen militärischen Schwäche der europäischen Länder im Vergleich zu den Hochzeiten des europäischen Imperialismus entgegenzuwirken. Vieles ist noch eine Absichtserklärung auf dem Papier, doch die Schritte in Richtung einer »EU-Armee« werden immer

konkreter und beunruhigender. Weltweit sind ein halbes Dutzend Militärmissionen unter Leitung der EU im Einsatz; Truppen aus europäischen Ländern sind in Bosnien und Herzegowina, vor Soma-

Adi Feller

*1983. arbeitet als Archivar im Kulturbereich und engagiert sich seit Jahren bei der GSoA, insbesondere mit Recherchen über Schweizer Kriegsmaterialexporte.



lia, im Irak, in Mali oder in Afghanistan stationiert. Allein Deutschland hat momentan rund 3500 Soldaten im Auslandeinsatz.² Oft finden diese Militäreinsätze noch unter dem Schirm der NATO statt, immer häufiger aber auch unter ›eigenständig‹ europäischem Kommando. Ein Beispiel dafür ist die Operation Atalanta vor dem Horn von Afrika, für die eine Schweizer Beteiligung im Jahre 2009 gerade noch verhindert werden konnte.

Der Wiederaufstieg des europäischen Militarismus

Nach dem Ende des Kalten Krieges und einer kurzen Phase der militärischen Entspannung in den 1990er Jahren begannen militärische Kreise, ihre Position wieder zu verstärken und neue Feinde zu suchen. Insbesondere die Erfahrungen des Jugoslawienkrieges brachten die militärische Interventionsfähigkeit erneut aufs politische Parkett. Mit dem Kosovo-Krieg im Jahr 1998 startete der explizit offensive Einsatz der als reines Defensivbündnis deklarierten NATO. Der von den USA ausgerufene sogenannte ›War on terror‹ im Nachgang zu den Anschlägen vom 11. September 2001 ist ein bis heute anhaltender Garant für das Drehen der Rüstungsspirale, für die Legitimation militärischer Streitkräfte und schliesslich für die konkrete Aufgabenbeschaffung für die Armeen.

Auch die Soldaten europäischer Länder landeten in Afghanistan. Darauf folgte die völkerrechtswidrige Invasion in den Irak durch die USA, Grossbritannien und die sogenannte »Koalition der Willigen« ab dem Jahr 2003. Viele europäische Länder beteiligten sich mit kleineren oder grösseren Truppenkontingenten an diesem Krieg und an der nachfolgenden langjährigen Besatzung. Diese militärische Eskalation kostete geschätzten 200'000 Zivilist*innen das Leben,³ löste einen jahrelangen Bürgerkrieg aus und destabilisierte die gesamte Region erst recht. Statt Terrorismus zu bekämpfen, brachte der Krieg unglaubliche Mengen an unkontrollierten Waffen und bestens ausgebildete Kämpfer hervor. Belegt ist, dass hier die Ursachen für mehr Terrorismus und für den Aufstieg von Daesh liegen.⁴ So folgt dem ersten militärischen Einsatz der nächste, der wiederum als einzig mögliche Option dargestellt wird, die alle Probleme lösen soll – militärische Logik par excellence.

Dasselbe Schema findet sich auch beim Umgang mit den Protesten des Arabischen Frühlings. Dabei kam verdeckte oder offene militärische Unterstützung unterschiedlicher Rebellengruppen gegen unliebsame Regime auch aus Europa. Offen intervenierte die NATO in Libyen ab 2011. Das einzige Ziel war der Sturz des Gaddafi-Regimes. Seither zersplittert das Land unter dem bis heute andauernden Bürgerkrieg. Wenn es die aktuellen europäischen Interessen erfordern, wird gerne militä-



rische Stärke eingesetzt, auch wenn zahlreiche Erfahrungen zeigen, dass sich die Probleme dadurch massiv vergrössern, als dass sie gelöst würden.

Trotz all dieser Interventionen kann man bisher nicht von einem gesamteuropäischen militärischen Potenzial sprechen. Zentral bleiben die Armeen der grossen und militärisch stark gerüsteten Länder wie Deutschland, Frankreich und Grossbritannien sowie die nationalen Agenden für deren Einsatz. Insbesondere die beiden letztgenannten alten Kolonial- und einzigen Atommächte Europas können nicht von ihren globalen Militärambitionen lassen. Das zeigen auch die Prioritäten, die bei der Modernisierung der Waffensysteme gesetzt werden. Das Vereinigte Königreich ist beispielsweise daran, sowohl seine Atomwaffen als auch die für deren Einsatz nötigen U-Boote zu modernisieren. Beide Staaten liessen zudem neue Flugzeugträger bauen, mithin Waffensysteme, die einen rein offensiven Nutzen haben. Flugzeugträger kosten Milliarden, dienen der Projektion vergangener Grösse und ermöglichen überhaupt erst Kriegseinsätze in grösserer Entfernung zu Europa.

Hinzu kommt der Unterhalt von Militärbasen in anderen Ländern: Das Vereinigte Königreich besitzt deren 26 weltweit, Frankreich 11. Doch auch kleinere Länder wie die Niederlande, Belgien oder Dänemark haben Armeen und insbesondere Luftwaffen, die global eingesetzt werden können. So geschehen, als Frankreich 2015, nach den Anschlüssen im Club Bataclan in Paris, zum ersten Mal den europäischen Bündnisfall aus dem Vertrag von Lissabon ausrief und militärischen Beistand anforderte. Die Kampfflugzeuge der oben genannten Staaten flogen hunderte von Angriffen gegen Daesh in Syrien und im Irak. Teils kam es dabei zu vielen zivilen Opfern, so etwa bei einem niederländischen Angriff im Jahr 2015 in Mossul mit 70 getöteten Zivilist*innen.⁵

Tiefgreifenden Einfluss auf das europäische Sicherheitsempfinden, insbesondere auf das der Staaten im ehemaligen sowjetischen Einflussbereich, hatten die Ereignisse in der Ukraine ab 2014: erst die Maidan-Proteste, dann die separatistischen Bewegungen im Osten des Landes, die massiv mit Waffen und verdeckt eingesetzten Söldnern und Soldaten aus Russland unterstützt wurden. Die bis heute ungelöste Situation dominiert die europäischen Sicherheitsdiskussionen, gerade auch wegen der Annexion der Krim durch Russland. Für die internationale Sicherheitspolitik wohl am nachhaltigsten und langwierigsten sind die Folgen dieser Auseinandersetzung an einem anderen Punkt, nämlich in der Verletzung des Budapester Memorandums von 1994. In diesem garantierten die USA, Grossbritannien und Russland der Ukraine, Kasachstan



sowie Weissrussland ihren Grenzverlauf, im Gegenzug dafür, dass sie ihre Atomwaffen Russland übergaben. Die Lehre daraus ist wohl, dass kein Verlass auf Garantien der etablierten Atommächte besteht.

Vor der Covid-19-Pandemie zu Beginn des Jahres 2020 schien der Wiederaufstieg des militärischen Komplexes beinahe unaufhaltsam. Das Militär hatte sich in vielen europäischen Ländern gut positioniert, um steigende Ausgaben und Aufrüstung zu rechtfertigen. Europa müsse sich als Friedensprojekt gegen eine russische Aggression sowie gegen eine scheinbar allgegenwärtige Terrorismus-Bedrohung verteidigen. Konsequenz ausgeblendet werden dabei die koloniale Vergangenheit und imperiale Kontinuitäten. Der angebliche Druck von aussen legitimiert die kontinuierliche Aufrüstung. Zudem verlangen sowohl der US-amerikanische Präsident als auch die NATO höhere europäische Militärausgaben. Die oft zitierte und notabene völlig willkürliche Forderung von zwei Prozent des BIP als Ziel für nationale Rüstungsausgaben hätte dramatische Folgen, falls sie sich je durchsetzen sollte. Für Deutschland beispielsweise würde dies eine Verdoppelung der Militärausgaben bedeuten.⁶

Auf dem Weg zu einer europäischen Armee

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde im Rahmen des beginnenden Einigungsprozesses in Europa immer wieder eine europäische Armee thematisiert. Auf praktischer Ebene führte der militärische Alleingang Frankreichs jedoch zu einer jahrzehntelangen Blockade aller ernsthafteren Versuche, eine europäische Militärstruktur einzuführen. Mit Frankreichs Austritt aus der NATO 1964 gab es jahrzehntelang die NATO und daneben Frankreich. Das Ende des Kalten Krieges brachte hier schwerwiegende Veränderungen in Gang. Mit dem Vertrag von Maastricht 1992 wurden die rechtlichen Grundlagen für eine »Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik« (GASP) geschaffen. Am EU-Ratsgipfel in Köln 1999 wurde eine Erklärung zur »Stärkung der gemeinsamen Europäischen Sicherheitspolitik« beschlossen. Sie integrierte die Absichtserklärung zur Gründung gemeinsamer europäischer Interventionstruppen. Mit dem Vertrag von Nizza 2001 wurden die »Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik« (ESVP) deklariert, Strategiepapiere verfasst und die Zusammenarbeit und Abgrenzung zur NATO geregelt.

Mit der Operation Artemis erfolgte 2003 eine erste EU-Militärmis-sion in der Demokratischen Republik Kongo: 2000 Soldaten mit UN-Mandat. Für eine schnellere Einsatzfähigkeit wurden ab 2004 sogenannte »EU-Battlegroups« definiert. Es handelt sich um Einheiten von



je 1500 Soldaten, die von nationalen Armeen gestellt werden, und jederzeit sollen zwei Kontingente innert weniger Tage in Marsch gesetzt werden können. Zu einem Einsatz kam es bisher aber noch nie.

Ebenfalls 2004 wurde die Europäische Verteidigungsagentur (EVA) mit Sitz in Belgien gegründet. Diese hat unterdessen ein jährliches Budget von über 30 Millionen Euro und den Auftrag, gesamteuropäische Rüstungsprojekte aufzugleisen und zu koordinieren. Zentrale Aufgabe der Organisation ist die Überprüfung der Fortschritte der Aufrüstungsbestrebungen der Mitgliedstaaten. Auch Schweizer Vertreter nehmen immer wieder an Anlässen der EVA teil. 2007 wurde der Vertrag von Lisabon unterzeichnet, der 2009 in Kraft trat und gerade auf militärischer Ebene eine noch viel engere Zusammenarbeit der europäischen Staaten begründete. Teil dieser Vereinbarungen war die Schaffung einer militärischen Beistandsverpflichtung sowie die »Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik« (GSVP), die Nachfolgerin der ESVP. Mit dem Wiedereintritt Frankreichs in die NATO 2009 fiel ein gewichtiges Hindernis weg. In den letzten zehn Jahren aber blockierte die britische Regierung viele kontinentaleuropäische Vorstösse zur Rüstungs- und Militärzusammenarbeit. Hier wird sich weisen, in welche Richtung sich der Brexit auswirken wird.

Die GSVP wurde 2017 mit einer vertieften militärischen Zusammenarbeit (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit SSZ – besser bekannt unter dem englischen Akronym PESCO) ergänzt. Die einzelnen Mitgliedstaaten müssen sich explizit zu einer Teilnahme verpflichten, was bis auf Dänemark alle getan haben. Im Zusatzprotokoll Nr. 10 zum EU-Vertrag gehen diese Staaten einige Verpflichtungen⁷ ein, die zu permanent steigenden Militärausgaben und Investitionen in neue Waffensysteme zwingen, jedoch keinem konkreten Zeitplan folgen. Zusammenarbeit, aber auch Konkurrenz prägen die aktuelle Situation, wie sich am Beispiel der Kampfjets oder bei den Einkaufstouren der Rüstungskonzerne zeigt. Auch die Schweizer RUAG versucht, etwas mitzumischen und hält bei der Kleinkalibermunition eine europäische Spitzenstellung. Trotz rüstungspolitischer Vielfalt könnte sich ein gemeinsames Vorgehen beschleunigen, insbesondere wenn immer mehr Forschungsgelder für Militärprojekte ausgegeben werden und der European Defence Fund zum Tragen kommt.⁸

Die politischen Weichenstellungen in Richtung einer europäischen Militärorganisation sind demnach so konkret wie nie zuvor. Allerdings gibt es einige Hindernisse für deren Umsetzung; Aufmerksamkeit und Widerstand gegen diese Prozesse sind jedenfalls zwingend notwendig.



Und die Linke?

Die Polizei und das Militär sind immer noch eine zentrale Stütze des kapitalistischen Systems. Wenn alle anderen Mittel zu dessen Stabilisierung versagen, bleibt die militärische Option zur Systemerhaltung im eigenen Land wie auch weltweit. Deshalb ist es wichtig, gegen Militarismen vorzugehen.

Was linke Strategien im Umgang mit diesen Entwicklungen angeht, so ist erstens ein Fokus auf die eigenen Reihen zu richten. Anti-Militarismus und Pazifismus mögen traditionell zur Kernidentität linker Bewegungen und Parteien gehört haben, heute ist das jedoch nicht mehr selbstverständlich. In der jüngeren Vergangenheit war leider immer wieder zu beobachten, dass gerade auch Exponent*innen ›linker‹ Parteien nicht gegen militaristische Einstellungen gefeit waren, sondern diesen gar zum Durchbruch verhelfen. So war es Labour-Chef Tony Blair, der den Einmarsch in den Irak mittrug. Davor erzwangen der Sozialdemokrat Gerhard Schröder und sein grüner Aussenminister Joschka Fischer den deutschen Militäreinsatz in Afghanistan. Knapp 20 Jahre später befindet sich Afghanistan immer noch im Bürgerkrieg. Katastrophaler könnten militärische ›Konfliktlösungsversuche‹ wohl nicht ausfallen. Und dennoch gibt es auch in der Linken immer noch Unterstützung für eine militaristische Logik – auch in der Schweiz, die wohl nur dank einer unheiligen Allianz von armeekritischen Linken und armeebefürwortenden Nationalkonservativen nicht NATO-Mitglied geworden ist. Auslandseinsätze in Afghanistan sowie vor Somalia konnten nur knapp verhindert werden.

Was nun die neuen EU-Militärprojekte angeht, finden diese durchaus Unterstützung von EU-freundlichen Linken, die unkritisch alles befürworten, was eine verstärkte europäische Integration unterstützen könnte. Auch Einsätze der Schweizer Armee im Innern wie der WEF-Einsatz, die zu Beginn noch grosse Kritik hervorgerufen haben, werden heute oft ohne viele linke Gegenstimmen im parlamentarischen Prozess abgenickt. Auch der grösste Auslandseinsatz der Schweizer Armee unter dem Namen ›Swisscoy‹ im Kosovo, um deren Bewaffnung 2001 ein Referendum gegen das Militärgesetz mit 51 zu 49 Prozent nur knapp scheiterte, erregt heute keine grossen parlamentarischen Diskussionen mehr und wird jeweils einfach verlängert (immerhin mit grünen Gegenstimmen). Dazu läuft die Beteiligung am NATO-Kooperationsprogramm ›Partnership for Peace‹ schon seit 1997 nahezu unkritisiert. In all diesen Beispielen ist wieder mehr Grundsatzopposition wünschenswert und notwendig. Kontinuierliche Bildungsarbeit ist daher gerade auch in den eigenen Reihen und Strukturen nötig.



Was zweitens nicht vernachlässigt werden darf, sind Argumentationen und konkrete Handlungsalternativen in Krisen- und Kriegszeiten. Oft stehen am Anfang von Eskalationsspiralen militaristische Vorgehensweisen, auf die problemlos hätte verzichtet werden können, wie die Invasion in den Irak 2003 exemplarisch zeigt. Auch wenn es dabei nicht nur um Öl ging, hat die Frage der Kontrolle dieser Energiequellen viele Konflikte der letzten Jahrzehnte massgeblich beeinflusst. Doch wieso Erdöl-Quellen und -Transportwege sichern, wenn mit erneuerbaren Energien eine lokale Energieautonomie in Europa hergestellt werden könnte? Dies würde gleich mehrere Probleme auf einen Schlag lösen und wäre sowohl ökonomisch als auch ökologisch längerfristig effizienter. Überdies könnten viele Probleme mit den weltweiten jährlichen Militärausgaben von zurzeit knapp zwei Billionen Dollar gelöst werden. Zum Beispiel liessen sich damit viel sinnvollere Projekte im Bereich der Millenniums-Entwicklungsziele der UNO realisieren.⁹ Das Problem der Ressourcenverteilung ist auch in der Schweiz aktuell. Die Militärausgaben sind zwar seit Ende des Kalten Krieges geschrumpft. 1985 beliefen sie sich noch auf 20 Prozent der Bundesausgaben, aktuell entfallen 8.5 Prozent auf den Bereich ›Sicherheit‹. Doch das jährliche Militärbudget hat wieder fünf Milliarden Franken erreicht, vor wenigen Jahren waren es noch knappe vier Milliarden – und dies ohne die geplante Budgeterhöhung für den Kauf neuer Luxuskampffjets.

Drittens bleibt es gerade aus der Schweizer Perspektive zentral, die Welt, Europa und insbesondere Brüssel nicht aus den Augen zu verlieren. Es gilt, wachsam zu bleiben, neue Tendenzen wie die Privatisierung des Krieges mit Söldnerunternehmen, den Einsatz bewaffneter Drohnen, die Entwicklung bei autonomen Waffensystemen wie auch im Bereich Cyberwar zu verfolgen und Gegenstrategien dazu zu entwerfen. Vieles wird hinter geschlossenen Brüsseler Türen aufgegleist und oft erst zu spät öffentlich thematisiert – nämlich dann, wenn Entscheide bereits gefallen sind. Deshalb sind Projekte wie das »European Network Against Arms Trade« (ENAAAT) so wichtig. Friedenspolitische Organisationen beobachten vor Ort und versuchen mit Informationen und Aktionen, Transparenz und Öffentlichkeit herzustellen.

Entscheidend für eine erfolgreiche linke Politik bleibt die friedenspolitische Basisarbeit. Gespräche auf der Strasse, im Internet und in sozialen Medien, die Nutzung parlamentarischer wie ausserparlamentarischer Mittel sind unabdingbar, um konkret aufzuzeigen, dass militärische Lösungen nicht geeignet sind, drängende reale Probleme wie die Klimakrise anzugehen. Löschflugzeuge statt Kampffjets wäre dazu ein Stichwort. Immer noch als Feigenblatt verwendet die Armee sowohl die



Katastrophenhilfe als auch den Sanitätsdienst. Mit einem kleinen finanziellen und personellen Aufwand wird ein grosser Imagegewinn erzielt. Gerade die aktuelle Corona-Krise hat indessen gezeigt, wie wenig die Schweizer Armee im Vergleich zum Zivildienst und Zivilschutz leisten kann.¹⁰ Die Utopie der Armeeabschaffung ist weiterhin wichtig. Dazu meint der Präsident von Costa Rica: »We don't have an army – and we are controlling this pandemic better than countries that have armies. So... think about it.«¹¹ Medizinische Behandlungen und Tests auf das Virus sind im zentralamerikanischen Staat durch das Gesundheitssystem abgedeckt und für Betroffene kostenlos. Zwar hat auch Costa Rica mit steigenden Fallzahlen zu kämpfen, doch die verhängten Massnahmen scheinen zu greifen, und das Gesundheitssystem hält bisher einigermaßen Schritt mit den Erkrankungen. Seit 1941 verfügt das Land über ein für die Region gut ausgebautes Gesundheits- und Rentensystem für breite Bevölkerungsschichten; die durchschnittliche Lebenserwartung liegt mit knapp 80 Jahren ebenfalls vergleichsweise hoch.

Die Gefahr besteht, dass sich das Militär in der Corona-Krise als Problemlöser darstellen kann. Die Situation bietet aber auch die Chance aufzuzeigen, dass reale Gefahren eben ganz anders daherkommen, als das Militär glauben machen will. Das Engagement gegen jegliche weitere Konkretisierung einer europäischen Armee sowie gegen zusätzliche Finanzmittel für diese oder für nationale Armeen muss eine vordringliche Aktivität bleiben. Mit der Utopie der Armeeabschaffung verbindet sich die Sicht auf die Schaffung einer solidarischen Gesellschaft, die sich mit den Ursachen von Armut, Krankheit und Klimawandel beschäftigt und die endlich die Mittel bekommt, um jene an der Wurzel anzupacken, statt militaristische Symptombekämpfung zu betreiben. Zentral bleibt die Einsicht, dass eine stabile Zivilgesellschaft, die sich solidarisch um ihre Mitmenschen kümmert, in jeder Krisensituation eine wertvolle Investition ist.



Anmerkungen

- 1 Wagner, Jürgen; Haydt, Claudia (2018): Die Militarisierung der EU. Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Grossmacht. Edition Berolina, Berlin, S. 43.
- 2 www.bundestag.de/resource/blob/551628/58b2310867ffc8365cfefdbd2a7c952d/WD-2-012-18-pdf-data.pdf.
- 3 www.iraqbodycount.org/database.
- 4 Warrick, Joby (2016): Black flags. The Rise of ISIS. Corgi Books, London, S. 170ff.
- 5 <https://airwars.org/news-and-investigations/newly-released-documents-reveal-the-dutch-knew-about-possible-high-risk-to-civilians-at-hawijah>.
- 6 www.zeit.de/politik/ausland/2018-07/zwei-prozent-ziel-jens-stoltenberg-nato-mahnung-deutschland.
- 7 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A12012E%2FPRO%2F10>.
- 8 EU-Forschungsgelder durften bisher nur zivil genutzt werden. Für die gerade anlaufenden Ausschreibungen sollen aber auch Militärprojekte zugelassen werden. Zudem wurden für den European Defence Fund 13 Milliarden Euro (2021–2027) angekündigt. Vgl. auch <http://enaat.org/eu-defence-fund>.
- 9 www.sipri.org/media/press-release/2020/global-military-expenditure-sees-largest-annual-increase-decade-says-sipri-reaching-1917-billion.
- 10 Durchschnittlich 1000 eingesetzten Armeeinghörigen (davon 100 im Sanitätsdienst) stehen über 6000 Zivilschützer sowie 4000 Zivildienstleistende gegenüber. Zahlen von www.vtg.admin.ch, www.babs.admin.ch, www.zivi.admin.ch.
- 11 www.wlrn.org/post/tico-triumph-how-little-costa-rica-beat-back-giant-coronavirus-pandemic#stream/0.